

Antrag 60/II/2023**AK Europa****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Für ein starkes Brandenburg in einem starken Europa**

1 Durch viele Höhen und Tiefen hindurch hat die Euro-
2 päische Einigung in den vergangenen Jahrzehnten
3 Frieden, Wohlstand, sozialen Fortschritt und Sta-
4 bilität gebracht und folgerichtig dafür 2012 auch
5 den Friedensnobelpreis gewonnen. Mit der deut-
6 schen Wiedervereinigung ist Brandenburg Teil die-
7 ses wichtigen Projekts geworden, mit dem An-
8 spruch, unser Europa mitzugestalten und die Per-
9 spektiven der hier lebenden Bürger*innen einzu-
10 bringen. Nationalistische und populistische Tenden-
11 zen in verschiedenen EU-Ländern, aber auch in Bran-
12 denburg oder Deutschland, gefährden dagegen den
13 Frieden und die Demokratie. Wir stehen für ein
14 friedliches und demokratisches Brandenburg und
15 Europa - gerade wegen des brutalen russischen An-
16 griffskriegs gegen die Ukraine, der auch ein Angriff
17 auf europäische Werte ist. Diese und viele weitere
18 globale Herausforderungen erfordern ein gutes Zu-
19 sammenspiel zwischen der internationalen, der na-
20 tionalen und der regionaler Ebene. Mit dieser Hal-
21 tung grenzen wir als SPD uns klar von nationalisti-
22 schen und populistischen Stimmen ab, die in ganz
23 Europa den Frieden und die Demokratie gefährden,
24 in dem sie nationalen Egoismus als angebliches All-
25 heilmittel für politische Herausforderungen anprei-
26 sen.

27 Die Mitgliedschaft in der Europäischen Union hat
28 das Potenzial, in Zukunft die wirtschaftliche und
29 soziale Entwicklung, die Infrastruktur und die Le-
30 bensqualität für alle Menschen in Brandenburg zu
31 steigern. Denn die wachsende Kluft zwischen Arm
32 und Reich oder die sozialverträgliche Bewältigung
33 des Klimawandels sind zum Beispiel Herausforde-
34 rungen, die grundsätzlich nur in europäischer und
35 grenzübergreifender Kooperation lösbar sind. Fast 3
36 Milliarden Euro erhält Brandenburg in der aktuellen
37 Förderperiode aus verschiedenen EU-Programmen
38 und kann damit die nach der Wende begonnene
39 Erfolgsgeschichte der europäischen Strukturförde-
40 rung weiterschreiben. Innovation, bessere Bildungs-
41 und Aufstiegschancen, die Entwicklung der Arbeits-
42 und Fachkräftepotenziale, gleichwertige Lebensbe-
43 dingungen, Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur

Empfehlung der Antragskommission**Annahme**

44 sowie die Energiewende sind Brandenburger Zie-
45 le, die europäische Programme unterstützen. Da-
46 zu kommen Querschnittsaufgaben wie Digitalisie-
47 rung oder Internationalisierung, um Brandenburg
48 handlungsfähiger, interregional vernetzter, attrakti-
49 ver und wettbewerbsfähiger zu machen.

50 Zum Vergleich: Vor fast vier Jahren ist Großbritan-
51 nien aus der EU endgültig ausgetreten. Die Wirt-
52 schaftskraft ist nach Angabe der britischen Industrie
53 und Handelskammer um fünf bis sechs Prozent ge-
54 sunken. Anfang 2023 war das Vereinigte Königreich
55 die einzige G7-Wirtschaft, die noch nicht wieder das
56 wirtschaftliche Niveau von 2019, also vor Pandemie
57 und Brexit, erreicht hat. Knapp 60 Prozent der bri-
58 tischen Bevölkerung halten den EU-Austritt mittler-
59 weile für einen Fehler. Nationalisten und Euroskepti-
60 tiker wollen diese Fehler auch bei uns wiederholen.
61 Das lassen wir nicht zu.

62 Soziales Europa

63 Profitgetriebene Globalisierung und damit ein
64 schrumpfender Sozialstaat haben in den vergan-
65 genen Jahrzehnten soziale Verwerfungen in allen
66 EU-Mitgliedstaaten begünstigt und das Vertrauen
67 in die EU teils beschädigt. Dies gilt auch für unser
68 Land, denn Deutschland weist im EU-Vergleich eine
69 besonders hohe Vermögensungleichheit und ein
70 besonders großes Niedriglohnsegment auf; in Bran-
71 denburg liegt die Armutsgefährdungsquote nach
72 wie vor bei rund 15%. Unsere sozialdemokratische
73 EU-Politik arbeitet daran, dies zu ändern und hat
74 Fortschritte erreicht.

75 Wir haben uns erfolgreich für europäische Mindest-
76 löhne eingesetzt, die ein zentrales Wahlkampfver-
77 sprechen der Europawahl 2019 waren. Ab 2025 tritt
78 eine neue EU-Richtlinie in Kraft, durch die die Mit-
79 gliedstaaten angehalten werden, Mindestlöhne ein-
80 zuführen, die einen angemessenen Lebensstandard
81 sichern. Ein wichtiger Bestandteil ist auch die Ver-
82 pflichtung für die Mitgliedstaaten, nationale Akti-
83 onspläne zu erarbeiten, die zur Erhöhung der Tarif-
84 bindung auf mindestens 80 % beitragen. Dies ist
85 besonders relevant in Brandenburg, da hier die Ta-
86 rifbindung unter 50% und damit noch unter dem
87 Durchschnitt in Deutschland liegt. Damit diese ehr-
88 geizigen Ziele erreicht werden, stehen wir Sozialde-
89 mokrat*innen weiterhin für noch europäische Sozi-
90 alpolitik, die Sozialdumping verhindern.

91 Ebenfalls hat die EU bereits 2013 eine Jugendga-
92 rantie eingeführt, die jedem jungen Menschen das

93 Recht auf Bildung und berufliche Perspektiven si-
94 chert. Dazu gehört die gegenseitige Anerkennung
95 von Bildungsabschlüssen, um z. B. Fachkräfte zu ge-
96 winnen. Wir fordern, dass diese Jugendgarantie mit-
97 hilfe der Europäischen Fonds und dem Engagement
98 der Bundes- und Landesregierung in Brandenburg
99 noch stärker als bisher zur Anwendung kommt.

100 Die Gleichstellung von Männern und Frauen in der
101 Arbeitswelt ist in den europäischen Verträgen fest
102 verankert. Nichtsdestotrotz liegt noch ein langer
103 Weg vor uns, um diese tatsächlich zu erreichen. Des-
104 halb haben Sozialdemokrat*innen seit vielen Jah-
105 ren eine Richtlinie für transparente Löhne gefordert,
106 die 2023 auf europäischer Ebene beschlossen wur-
107 de. Unternehmen mit mehr als 100 Mitarbeiten-
108 den sind nun verpflichtet, regelmäßig Informatio-
109 nen über die Gehälter ihrer Belegschaft offenzule-
110 gen. Dieser Schritt trägt zur Förderung der Lohn-
111 gleichheit zwischen Frauen und Männern in Bran-
112 denburg wie in der ganzen EU bei.

113 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollten das
114 Recht haben, europaweit ihre Meinung frei zu äu-
115 ßern, ihre Interessen zu vertreten und an Unterneh-
116 mensentscheidungen teilzuhaben. Daher fordern
117 wir gemeinsam mit Gewerkschaften und Verbän-
118 den eine Rahmenrichtlinie zur Unterrichtung, Anhö-
119 rung und Mitwirkung von Arbeitnehmerinnen und
120 Arbeitnehmern sowie die Stärkung europäischer Be-
121 triebsräte.

122 Klimawende sozial gerecht gestalten Die Bekämp-
123 fung des Klimawandels ist die wichtigste politische
124 Herausforderung unserer Zeit - für die EU und für
125 uns vor Ort. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialde-
126 mokraten setzen uns dafür ein, dass mit dem euro-
127 päischen Green Deal das europäische Ziel der Klima-
128 neutralität auch in Brandenburg erreicht wird. Da-
129 mit dies gelingen kann, müssen die Maßnahmen so-
130 zial gerecht sein. Dazu gehört, erneuerbare Energi-
131 en und grüne Technologien – beides Stärken Bran-
132 denburgs – auf europäischer Ebene weiter conse-
133 quent zu fördern und Anreize, etwa über den Emis-
134 sionshandel zu setzen. Dabei muss jedoch klar sein:
135 Strom, Wärme und Mobilität müssen für alle er-
136 schwinglich bleiben. Die europäische Energiewende
137 darf nicht zu Lasten sozial schwächerer Haushalte
138 gehen. Grüne Geschäftsmodelle sollten in Branden-
139 burg dorthin gelenkt werden, wo heute noch viele
140 Arbeitsplätze im Bereich der fossilen Energien be-
141 stehen und können durch europäische Mittel wie

142 beispielsweise den „Just Transition Fund“ finanziell
143 unterstützt werden.

144 Bildung, Innovation und Forschung Die Förderung
145 von Bildung, Forschung und Innovation in Bran-
146 denburg ist entscheidend für die wirtschaftliche
147 Entwicklung des Landes. Die EU fördert die Zu-
148 sammenarbeit in der Forschung und Entwicklung
149 durch Programme wie Horizon Europe. Branden-
150 burger Forschungseinrichtungen, Städte, Gemein-
151 den und Unternehmen haben dadurch Zugang zu
152 europaweiten Forschungsnetzwerken, innovativen
153 Projekten und Finanzierungsmöglichkeiten, was die
154 Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität der Regi-
155 on stärkt. Brandenburg kann von diesen Förderun-
156 gen profitieren.

157 Dazu können in den Kommunen noch stärker ver-
158 antwortliche Stellen und Expert*innen beitragen,
159 die strategische Bewertung der Fördermöglichkei-
160 ten vornehmen und den internationalen Austausch
161 in Partnerschaften suchen. Unser Ziel ist es, EU-
162 Mittel strategisch, effektiver und breiter einzuset-
163 zen und gleichzeitig in Brüssel mit Nachdruck für
164 eine ausreichende Finanzierung einzutreten, damit
165 für Brandenburgerinnen und Brandenburger aller
166 Gesellschaftsschichten der Nutzen Europas sichtbar
167 wird.

168 Wir setzen uns dafür ein, dass Städte und Gemein-
169 den stärker europäische Förderprogramme nut-
170 zen, um Themen wie Digitalisierung, Energiewende,
171 Kreislaufwirtschaft oder Mobilität für Bürgerinnen
172 und Bürger schneller umzusetzen und dass die bü-
173 rokratischen Hürden für die Inanspruchnahme der
174 Mittel auf EU-, Bundes- und Landesebene abgebaut
175 werden.

176 Das Erasmus-Programm hat schon Millionen Studie-
177 renden einen Auslandsaufenthalt in Europa ermög-
178 licht. Dies sind ein herausragender Erfolg und eine
179 sinnvolle Investition in die Zukunft unserer Gemein-
180 schaft. Aus diesem Grund setzen wir uns dafür ein,
181 die Mittel für das Erasmus-Programm zu verdreifachen.
182

183 Unser Ziel ist es auch, möglichst vielen Men-
184 schen die Chance zu bieten, wertvolle interna-
185 tionale Erfahrungen zu sammeln, so dass auch
186 Nicht-Akademikerinnen und Nicht-Akademiker so-
187 wie Auszubildende dieselbe Chance in einem Pro-
188 gramm bekommen sollen. Die EU sollte den Jugend-
189 austausch noch stärker als bisher fördern und ge-
190 zielte Unterstützung für sozial benachteiligte Ju-

191 gendliche und Jugendliche aus mittleren Bildungs-
192 schichten durch maßgeschneiderte Angebote an-
193 bieten. Jeder Mensch sollte die Möglichkeit haben,
194 Europa zu erleben und zu entdecken.

195 Tourismus und kultureller Austausch Die EU unter-
196 stützt den Tourismussektor in Brandenburg durch
197 Förderung von Projekten zur Verbesserung der tou-
198 ristischen Infrastruktur und der Vermarktung. 2022
199 gab es 13,5 Mio. Übernachtungen in Brandenburg,
200 fast wie im letzten Vorpandemiejahr - Im Bun-
201 deslandvergleich liegt Brandenburg damit auf dem
202 zweiten Rang. Die meisten Gäste kamen aus Polen
203 und mit Abstand aus den Niederlanden und Groß-
204 britannien.

205 Zudem bietet die europäische Zusammenarbeit die
206 Chance, kulturelle Vielfalt zu fördern, den kulturel-
207 len Austausch zu bereichern und das kulturelle Er-
208 be Brandenburgs zu schützen. Begegnungen zwi-
209 schen den Menschen in den Mitgliedsstaaten sind
210 von großer Bedeutung, um Verständnis für Unter-
211 schiede zu fördern und zivilgesellschaftliche Bin-
212 dungen zu stärken. Brandenburg ist in besonderer
213 Weise auf die Zusammenarbeit mit seinen benach-
214 barten Regionen angewiesen. Wie zum Beispiel das
215 Deutsch-Französisches Jugendwerk seit 1963 kultu-
216 relle Austauschprogramme zwischen Deutschland
217 und Frankreich erfolgreich organisiert, ermöglicht
218 auch das Deutsch-Polnische Jugendwerk die Begeg-
219 nung und Zusammenarbeit junger Deutscher und
220 Polen. Brandenburger Schulen können dabei eine
221 noch aktivere Rolle einnehmen.

222 Wir setzen uns dafür ein, dass Städte und Gemein-
223 den internationale Kooperationsprogramme, Wett-
224 bewerbe oder Städtepartnerschaften prüfen und
225 dafür auch die Mitwirkung in Förderprogrammen
226 oder Verbänden wie dem Rat der Gemeinden und
227 Regionen Europas (RGRE) prüfen. Nur wenige ost-
228 deutsche Städte sind dort aktiv, wobei die Stadt Tel-
229 tow unter sozialdemokratischer Führung mit sehr
230 gutem Beispiel vorangeht. Die Mitgliedschaft im
231 RGRE kann Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten,
232 Partnerschaften, bewährter Lösungen und Projekt-
233 ideen erleichtern. Zudem stärkt es die Stimme der
234 Kommunen auf europäischer Ebene.

235 Gerechte Steuern Ein sozialdemokratischer Erfolg
236 ist der länderbezogene Bericht von Unternehmens-
237 daten („Country-by-Country Report“, CbCR). Große
238 multinationale Unternehmen in der EU sind da-
239 nach verpflichtet, jährliche Berichte über ihre Ge-

240 schäftstätigkeiten in jedem EU-Land an die natio-
241 nalen Steuerbehörden zu übermitteln. Dennoch ha-
242 ben multinationale Konzerne noch immer zu viele
243 Möglichkeiten, Steuern ungerecht durch Steueroa-
244 sen oder Finanzaktionen zu vermeiden. Die Bran-
245 denburger SPD setzt sich für Steuergerechtigkeit
246 ein, damit große Konzerne genauso gerecht Steu-
247 ern zahlen wie kleine und mittlere Unternehmen
248 vor Ort, deren Anteil in Brandenburg bei rund 99%
249 liegt. Ein wichtiger Schritt dafür ist die Abschaf-
250 fung des Einstimmigkeitsprinzips in Steuerfragen
251 auf EU-Ebene und eine globale Mindeststeuer, die
252 Olaf Scholz entscheidend vorgebracht hat.

253 Mehr europäische Demokratie wagen Wir setzen
254 uns für die Stärkung des Parlaments mit echtem In-
255 itiativrecht für neue Gesetzesinitiativen ein. Dazu
256 gehört auch die verbindliche Umsetzung des Spit-
257 zenkandidaten*innenprinzips bei Europawahlen.

258 Eine starke, funktionsfähige und demokratische Eu-
259 ropäische Union liegt im Interesse aller. Dafür ist die
260 weitgehende Abschaffung des Einstimmigkeitsprin-
261 zips im Rat in Politikbereichen wie der gemeinsa-
262 men Außen- und Sicherheitspolitik notwendig.

263 Eine solidarische Bundesliste im Geiste der Sozialde-
264 mokratie nach europäischen Prinzipien

265 Ein wichtiger Faktor für den Erfolg Brandenburgs
266 ist unsere starke sozialdemokratische Vertretung in
267 den Kommunen, im Landtag, im Bundesrat und im
268 Europaparlament. Die SPD Brandenburg setzt sich
269 daher dafür ein, dass alle Bundesländer angemess-
270 sen im Europaparlament repräsentiert sind. Dies
271 entspricht dem Grundsatz der Europäischen Union,
272 "Einheit in Vielfalt", der insbesondere kleinen Län-
273 dern Unterstützung bietet.

274 Wir engagieren uns nachdrücklich dafür, dass die
275 SPD Brandenburg einen prominenten Platz auf
276 der Bundesliste erhält, weil Brandenburg mit sei-
277 nem Tourismus, den Industrie- und Forschungs-
278 Ansiedlungen und der vielfachen Grenzbeziehun-
279 gen zu Polen und anderen Partnerländern prädesti-
280 niert dafür ist. Derzeit haben die fünf östlichen Bun-
281 desländer nur einen sozialdemokratisches Abgeord-
282 netenmandat im EU-Parlament.

283 Dabei nutzen wir unseren Einfluss, um die ande-
284 ren Landesverbände und die Bundespartei für die-
285 se wichtige Angelegenheit zu mobilisieren und ge-
286 meinsam die sozialdemokratischen Werte und Idea-
287 le zu fördern.

288

289

|